

Die Verwaltung führt in die Thematik und die angestrebte Aufstellung und Offenlage des Bauleitplanverfahrens ein. Im Anschluss präsentieren Herr Blase und Herr Zimmermann das Verkehrsgutachten und den städtebaulichen Entwurf sowie die Bebauungsplandarstellung.

Nach Abschluss der Vorstellungen verliest die BfM-Fraktion einen Antrag, welcher fünf Punkte umfasst. Das Handout zum Antrag wird der Verwaltung zur Verfügung gestellt und ist als Anlage zur Niederschrift beigefügt. Die BfM-Fraktion ergänzt den Antrag zudem um folgende zwei Aspekte: Zum einen sollen Grundstücke nur in Erbpacht vergeben und nicht verkauft werden. Zum anderen soll ein konkreter Baubeginn für die Bauvorhaben festgelegt werden.

Die SPD-Fraktion sieht in dem Plan einen „sympathischen Entwurf“, welcher durch die Möglichkeit einer teilweise mehrgeschossigen Bauweise ausreichend Wohnraum bereitstellt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen pflichtet bei, dass die Nachhaltigkeit bei den Bauvorhaben im Vordergrund stehen muss, weist aber bzgl. des BfM-Antrages darauf hin, dass nicht alle Vorgaben über Regelungen im Bebauungsplan abgebildet werden können und empfiehlt, die Vorgaben über den Vertrag mit dem Erschließungsträger zu regeln.

Die Verwaltung zeigt auf, dass die ersten Punkte des mündlichen Antrages bereits in Festsetzungen des Bebauungsplans enthalten sind. Hinsichtlich der Diskussion zum Zisternenzwang wird erläutert, dass anstelle dessen das Regenrückhaltebecken vorgesehen ist und ferner im Bebauungsplan kein Nutzungszwang festgesetzt werden kann. Das Thema einer PV-Anlagenpflicht wurde im Vorfeld näher betrachtet. Hier kommt die Verwaltung zu dem Schluss, dass die Möglichkeit einer Errichtung ohne Vorgaben individuell von Seiten der Bauherren entschieden werden soll. Zur Umsetzung eines solchen gesamten Maßnahmenpaketes empfiehlt die Verwaltung eine Abstimmung mit dem zukünftigen Erschließungsträger oder möglicherweise eine Abstimmung im Vorfeld über die Ausschreibung/Forderung eines Energiekonzepts. Herr Zimmermann schließt sich diesem an und weist auf diesbezügliche gute Erfahrungen in der Umsetzung bei der Stadt Worms hin.

Die CDU-, UWG- und FPD-Fraktionen bekräftigen das Vorgehen und die Vorschläge der Verwaltung. Die SPD-Fraktion gibt an, dem Antrag der BfM-Fraktion nicht zustimmen zu wollen.

Die Ausschussvorsitzende empfiehlt der BfM-Fraktion, den Antrag für eine zukünftige Sitzung neu zu formulieren. Die BfM-Fraktion nimmt diese Empfehlung an und zieht den Antrag daraufhin zurück.